

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 12-1

Buchbesprechung: Sachbuch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Wegelin, geboren 1928, Prof. Dr. phil. hist., im Ruhestand in Teufen AR. Veröffentlichungen zur neueren schweizerischen Geistesgeschichte.

BRÄKER-LESE

Das 200. Todesjahr des Armen Mannes im Toggenburg, zugleich das Jahr des Helvetischen Umbruchs 1798, ist mit den Gedenkdaten vorüber.

Dass die Auseinandersetzung mit Bräker und seiner Zeit andauere, dafür mag die 1998 mit den ersten drei Bänden angelaufene Edition von Bräkers Sämtlichen Schriften sorgen (vgl. «Schweizer Monatshefte», Heft 9, September 1998, S. 35).

Als handlicher Begleitband zu den Gedenk-Ausstellungen in Lichtensteig, Berlin, St.Gallen u.a.O. ist im August eine weitere Publikation erschienen¹.

Der wohlfeile Band wird weit über 1998 hinaus Bestand haben; denn er überzeugt gleichermassen durch Zugänglichkeit wie durch Zuständigkeit. Die über 100 Bild-dokumente packen nicht nur beim ersten Blättern, sie sind vielmehr auch mit weiter Umsicht und zielsicher zusammengestellt; die über 200 übersichtlich gruppierten Bräker-Zitate fesseln, weil überblickbar, auch den kurzangebundenen Leser, sind jedoch sehr ausgewogen und mit vertiefter Kenntnis von Bräkers Schriften ausgewählt. Unaufdringliche, aber treffend kommentierende Einleitungen begleiten die 25 thematisch gegliederten Zitatgruppen.

«Der Wortlaut der Handschrift und Bräkers eigentümliche Rechtschreibung versetzen Leser und Leserinnen in die Zeit des Armen Mannes im Toggenburg», wird in der Einleitung erklärt. Wenn die Herausgeber in der Textwiedergabe sich bemühen, dass «jede kleine Satzeinheit, jeder Gedankengang eine eigene Zeile erhält», so fördert das nicht nur die Lesbarkeit der Zitate, sondern liefert auch einen bemerkenswerten Beitrag zur Bräker-Philologie, lässt den Rhythmus seines Satzbaus erkennen.

Aufmerksam und beziehungsreich wird der Leser gleich beim Eingang des Bandes durch Verse aus dem Tagebuch auf Bräker eingestimmt:

«Hab ich was nicht recht geschrieben,
hier in diesem Büchelein,

*jst noch vieles usgebliben,
das nothwendig solte sein,
oder etwaß dringenischet,
das nichts nutzt dir und mir,
auch wol etwaß außgefischet,
das sich nicht geschiket hier –
o mein Gott, verzeihe mir
alle meine Fähler hier.»*

Die Vielfalt der zitierten Textstellen will kein uniformes Bräker-Bild vermitteln, jedoch eine Ahnung vom Reichtum des Denkens und Empfindens beim Armen Mann. So dürfte man etwa Bräkers Ausruf bei der Fahnenflucht aus dem Solddienst «Was gehen mich Eure Kriege an» auch nicht einseitig als Wehrdienstverweigerung auslegen. Das bezieht sich nicht auf den Band von Stadler und Göldi, aber Peter Hacks mit seinem wirkungsvollen Bräker-Stück «Die Schlacht bei Lobositz» erweckt beispielsweise gern diesen Eindruck. Indessen reden gerade Bräkers späte Tagebücher angesichts der bedrohten Eidgenossenschaft eine andere Sprache. Am 24. Februar 1793 bereits fällt in einem notierten Gespräch die Differenzierung: «Ihr habt gut sagen jhr glüklichen Schweitzer – wokeine lohnsoldaten den schweiss des landmanns fressen – wo ieder bürger – ieder baur selbst soldat ist – alle stunde bereit vor vatterland und freiheit sein leben zuwagen.» (Bd. III, S. 421 der Edition) Noch deutlicher hält das Tagebuch im Juni 1796 fest, «das nehmlich alle kriege ungerecht seyen – doch mit dem beding – das wo mann angefochten wird – mann sich mit gutem gewüsen seiner haut wehren – sein vatterland verthädigen dörfte.» (III, 62)

«Die thematisch geordneten, repräsentativen Ausschnitte aus seinen Tagebüchern», steht bei Stadler/Göldi zu lesen, «ergänzen sich, widersprechen sich, zeigen Entwicklungen und Brüche in Bräkers Persönlichkeit und Denken, in seinem Verhältnis zur Umwelt auf.» Aus der Bräker-Lese «Heriemini – welch eine Freyheit!» wird so der Arme Mann greifbar, lebendig. ♦

¹ Alois Stadler, Wolfgang Göldi, Heriemini – welch eine Freyheit! Ulrich Bräker über 'Himmel, Erde und Höll'. Illustriert mit Bildern aus seiner Zeit, Orell Füssli, Zürich 1998.

Khalid Durán

ist Vorsitzender der Ibn-Khaldun-Gesellschaft, eines internationalen Kulturvereins, und Redaktor der in Washington herausgegebenen politischen Vierteljahreshefte TransState Islam.

SPANIEN UND DER ISLAM

«Wir sind alle Mauren»

Ist zum Thema muslimisches Spanien eigentlich noch etwas zu sagen? An Nachschlagewerken mangelt es gewiss nicht, und in Spanien tun die Arabisten und Islamwissenschaftler seit Generationen nichts anderes, als die islamische Epoche ihres Landes zu durchforsten. Unumgänglich ist Arnold Hottingers umfassende Darstellung «Die Mauren. Arabische Kultur in Spanien», welche die Gesamtheit jener Forschungsergebnisse berücksichtigt, sich gleichzeitig aber nicht scheut, originelle Wertungen zu treffen. Das grossartige Buch liegt nun bereits in der dritten Auflage vor.¹

Hottinger ist weltbekannt als jahrzehntelanger Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», primär als Spezialist für das Zeitgeschehen in der weiten islamischen Welt – von Nordafrika bis nach Pakistan und darüber hinaus. Dank seiner Sprachkenntnisse und seiner Vertrautheit mit muslimischem Denken und Leben hat Hottinger von Tansania bis nach Afghanistan stets leicht Zugang zu Menschen aller Schichten gefunden. So ist z. B. sein Buch «Islamischer Fundamentalismus» (1993) noch immer das verlässlichste deutscher Sprache. Wenige wissen, dass Hottinger promovierter Arabist und Romanist ist, das heisst geradezu prädestiniert, ein Buch über die Mauren zu verfassen. Die längste Zeit seiner Karriere war er in Spanien stationiert, und er hat auch heute noch einen Koffer in Madrid.

Hottinger packt das Thema anders an, als die meisten Autoren, die darüber schreiben. Wenigstens ein Drittel des Buches ist der post-islamischen Geschichte Spaniens gewidmet, primär der *Morisco*-Problematik, also dem Schicksal der zum Katholizismus (zwangs-)bekehrten Muslime, die dann schliesslich doch noch aus Spanien ausgewiesen wurden und heute einen wichtigen Bestandteil der Bevölkerung Nordmarokkos und Tunesiens ausmachen. Über Jahrhunderte hinweg, fast bis in die Gegenwart, hatten die Nachfahren jener Neubekehrten unter Diskriminierung zu leiden. Hottinger weist dies in einer faszinierenden Studie zur spanischen Literatur nach.

Gemeint sind also nicht die weissen Bewohner Mauretaniens, die man auch in den Nachbarstaaten Senegal und Mali an-

trifft, sondern die *moros*, Menschen islamischen Glaubens, die im Süden Spaniens jahrhundertlang die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Zwar geht das Wort *moro* auf das lateinische *maurus* zurück, was wiederum aus dem Berberischen stammt und eigentlich «Zeltbewohner» bedeutet, aber im Spanischen erhielt es die Bedeutung von Muslim, wie in jenem trefflichen Motto «*o somos todos moros o somos todos cristianos*», «entweder sind wir alle Muslime oder wir sind alle Christen» (der Pluralismus ist des Teufels).

Bemerkenswert ist der breite Raum, den der Autor den spanischen Juden und ihrem Parallelschicksal zugesteht. Das ist besonders deshalb begrüssenswert, weil die Geschichte Spaniens in der Regel recht einseitig dargestellt wird. Aus jüdischer Perspektive gesehen treten die Muslime bisweilen gar nicht auf, als wären nur Juden zwangsbekehrt, ausgewiesen und von der Inquisition verfolgt worden. Andere Darstellungen konzentrieren sich auf die *Moriscos* und lassen die Juden fast ausser acht. Hottinger kommt das Verdienst zu, hier ein sorgfältiges Gleichgewicht geschaffen zu haben. Manch einen mag es überraschen, in einem Werk über die Mauren so viele Seiten über das Judenschicksal zu finden. Die beiden sind aber nun einmal so eng miteinander verknüpft, dass sie sich gar nicht recht auseinandertrennen lassen – und dieser Problematik ist Hottinger gerecht geworden wie kein zweiter.

Das Buch ist gewissermassen multidimensional, insofern, als der Autor sich mit einer Fülle von Rubriken auseinandersetzt, die viele Leser in einem Buch über die Mauren in Spanien nicht unbedingt er-

¹ Arnold Hottinger, *Die Mauren – Arabische Kultur in Spanien*. Verlag «Neue Zürcher Zeitung», 3. Auflage 1997.

warten würden, die aber in einem engen Zusammenhang zum Thema stehen und verdienen, in diesen Gesamtrahmen gestellt zu werden. Da ist zum Beispiel die Frage des Dialogs unter den Religionen, der christlich-islamischen Auseinandersetzung. *Hottinger* zieht das Thema an der Gestalt des katalanischen Geistlichen *Ramón Lull* auf, der ja in der Tat eine Zentralfigur ist.

Drei grosse Mauren

Bei der Fülle der in diesem ausgewogenen Band behandelten Aspekte lässt sich nicht leicht ein Fokus ausfindig machen. Getreu *Hottingers* ursprünglicher Berufung als Kulturhistoriker zeigt sich der Meister besonders stark in der Vermittlung maurischer Persönlichkeiten wie *Ibn Rushd*, *Ibn 'Arabi* und *Ibn Jubair*. *Ibn Rushd* (*Averroes*) aus Córdoba wurde nicht nur zum hervorragendsten Philosophen Andalusiens, sondern der islamischen Geisteswelt überhaupt. *Ibn 'Arabi* aus Murcia wurde zum grössten Mystiker des Islams, und *Ibn Jubair* aus Valencia zu einem der bemerkenswertesten Reiseschriftsteller dieser Kultur.

Hottinger stellt anschaulich dar, wie die rationale Philosophie *Ibn Rushds* den Westen (Europa) stärker beeinflusste als den Osten (das islamische Morgenland). Im Gegensatz dazu hatte der Theosoph *Ibn 'Arabi* grösseren Widerhall in den östlichen Gebieten des Islams als in seiner spanischen Heimat, was sicher auch daran lag, dass er die zweite Hälfte seines Lebens in Arabien, der heutigen Türkei und in Syrien verbrachte. Dort, wie auch im fernen Indien, gilt er bis heute als der «grösste Meister».

Wie *Hottinger* sehr treffend bemerkt, hat *Ibn 'Arabi* mit seinen pantheistischen Lehren sozusagen einen zweiten Islam begründet, eine Religion innerhalb der durch einen transzendentalen Monotheismus charakterisierten Religion des arabischen Propheten. Davon ist der Allgemeinheit im christlichen Europa kaum etwas bekannt. Gewiss hat der Prediger der allumfassenden Gottes- und Menschenliebe in jüngster Zeit unter europäischen Esoterikern Tausende von Jüngern gefunden, doch das Image des Islams als einer formalistischen Gesetzesreligion hat sich dadurch kaum verändert. *Hottinger* kommt

.....
Der Anti-Fundamentalismus des hochverehrten Ibn 'Arabi kann in der heutigen Zeit gar nicht stark genug betont werden.

.....
Seit nunmehr vier Jahrzehnten haben viele Andalusier ihre Weltsicht gründlich verändert und identifizieren sich nun mit der islamischen Epoche ihres Landes.

das Verdienst zu, das ein wenig unübersichtliche Lehrgebäude des komplexen *Ibn 'Arabi* einer allgemeinen Öffentlichkeit auf leicht verständliche Weise zugänglich gemacht zu haben. Scheinbar mühelos ist ihm etwas gelungen, woran sich etliche Gelehrte die Zähne ausgebissen haben. Glücklicherweise ist dies endlich gelungen, kann doch der Anti-Fundamentalismus des hochverehrten *Ibn 'Arabi* in der heutigen Zeit gar nicht stark genug betont werden.

Eine weitere Qualität dieses Werkes liegt in der Disziplin der Darstellung. Der Autor holt weit aus, vermeidet es aber sorgfältig, ausschweifend zu werden. Dabei muss die Versuchung gross gewesen sein. Man denke nur an die engen Bande zwischen Andalusien und Bosnien, beginnend mit dem arianischen Christentum der Westgoten bis hin zur Niederlassung zahlreicher aus Spanien vertriebener Juden in Sarajevo. Die frühesten und gediegensten Zeugnisse über die Entstehung des bosnischen Volkes finden sich in spanisch-arabischen Quellen des Kalifats von Córdoba. Doch wo wäre *Hottinger* hingekommen, hätte er all jenen Wechselwirkungen zwischen dem islamischen Andalusien und dem Rest der Welt nachgespürt?

700 Jahre islamische Herrschaft

Den Kern des Buches bildet natürlich die Geschichte der Jahre 711–1492, als Muslime über grosse Teile Spaniens herrschten. Der Leser erfährt nicht nur vieles über die politischen Entwicklungen und die viel beschriebene kulturelle Blüte, sondern auch über die sozialen Verhältnisse. Der Autor räumt mit dem weitverbreiteten Missverständnis auf, das Ende des Islams auf der iberischen Halbinsel gehe auf das Konto der christlichen Wiedereroberung (*reconquista*). Sicher spielte jenes Ethos eine Rolle, doch trat es im Bewusstsein der Spanier erst viel später auf als allgemein angenommen. Fast könnte man von einer im nachhinein erfundenen ideologischen Verbrämung sprechen.

Worauf ist also der Untergang jenes mächtigen West-Kalifats (Córdoba) und jener kulturellen Hochblüte (Granada) zurückzuführen? Der Autor entwirft ein detailliertes Bild von einer merkwürdig zentrifugalen Gesellschaft, die sich trotz ihrer nach aussen hin so charakteristisch

scheinenden Identität auf keinen gemeinsamen Nenner bringen liess. Der ethnische Faktor erwies sich als stärker, stärker als die Zugehörigkeit zur islamischen Religion. Vier Hauptgruppen lagen in ständiger Fehde miteinander, dabei war keine dieser Hauptgruppen in sich selbst kohärent. *Erstens*: Anführer des islamischen Unternehmens waren Araber, die jedoch untereinander zutiefst gespalten waren. *Zweitens*: die eigentlichen Träger des Unternehmens waren Berber, ihnen war allein die Ablehnung der Araber gemeinsam, ansonsten hatten sie kein bindendes Bewusstsein eines gemeinsamen Berbertums. *Drittens*: die *muladí*s waren ursprünglich die Kinder aus Mischehen mit der einheimischen Bevölkerung, später gesellten sich immer mehr einheimische Konvertiten dazu, bis diese Gruppe schliesslich die Mehrheit unter den spanischen Muslimen ausmachte. *Viertens*: Sklaven, die in der Mehrzahl wohl «Slaven» waren, unter denen es jedoch ebensoviele Angehörige anderer Völkerschaften gab.

Oft kämpfte jeder gegen jeden, und bisweilen sah es ähnlich aus wie beim Zerfall Jugoslawiens, als Menschen der gleichen Sprache und ähnlicher Rassenzugehörigkeit sich gegenseitig den Garaus machten. Dank dieser Umstände war die Eroberung des muslimischen Südspaniens durch die katholischen Nordspanier weniger heroisch, als dies in der späteren Selbstsicht dargestellt worden ist.

«Neo-Maurentum» am Ende des 20. Jahrhunderts

Dieses Meisterwerk *Hottingers* muss auf dem Hintergrund einer gründlichen Umorientierung in Spanien gesehen werden. Seit nunmehr vier Jahrzehnten haben viele Andalusier ihre Weltsicht gründlich verändert und identifizieren sich nun mit der islamischen Epoche ihres Landes. Das Kalifat von Córdoba gilt ihnen nicht länger als Fremdherrschaft, wie in der klassischen Geschichtsschreibung des katholischen Spaniens, sondern als goldenes Zeitalter.

In den siebziger und achtziger Jahren begannen etliche Rock-Gruppen, die Mauren zu verherrlichen. Das bisherige Geschichtsbild wurde sozusagen auf den Kopf gestellt. Wer bisher böse war, ist nun gut, und wer bisher als heilig galt, gilt

Elfenbeinschnitzerei war ein bedeutendes Kunsthandwerk Córdoba im 10. Jahrhundert. In den Schnitzereien lebt etwas von dem beschaulichen Kulturleben der Stadt weiter. Ein schönes Beispiel ist die von Khalaf 968 geschnittene Schatulle; die Mittelfigur spielt Laute, die von den Mauren aus Iran nach Spanien gebracht worden war.

Quelle: Arnold Toynbee, Städte der Entscheidung, aus dem Englischen, Wien und München 1970, Verlag Anton Schroll & Co., S. 170.

nunmehr als Teufel. Die christliche Eroberung Granadas wird traditionell am 2. Januar mit einer Militärparade begangen. Dagegen gibt es seit Jahren schon Protestdemonstrationen. Die «katholischen Könige» *Ferdinand* und *Isabela* werden nicht länger als christliche Befreier verehrt, sondern als Kolonialisten verdammt. Als Fahne haben sich die andalusischen Nationalisten die grün-weiße Standarte des Kalifats erkoren, und der Text ihrer «Nationalhymne» lautet «nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft weht wieder die grün-weiße Fahne über Andalusien – wir wollen wieder sein, was wir einstmals waren, nämlich Mauren.»

Zwar setzt sich der Autor mit der Ideologie des Andalusismus nicht auseinander, doch verleihen solche Entwicklungen seinem Werk eine zusätzliche Relevanz.

Das «Neo-Maurentum» ist



«Wir wollen
wieder sein, was
wir einstmals
waren, nämlich
Mauren.»

kein abgeschlossener Vorgang, sondern ein Prozess mit ungewissem Ausgang, somit steht es noch ausserhalb des Rahmens einer historischen Abhandlung. Andererseits schafft der vorliegende Band die Grundlage zur Analyse solcher Ideologien der Gegenwart. Ferner sind ja die eigentlichen Mauren, also der Gegenstand des Buches, nicht aus der Welt geschafft. Millionen ihrer vertriebenen Nachfahren pflegen in Nordafrika die kulturellen Traditionen des maurischen Spaniens mit Inbrunst und geben damit in Marokko sogar den Ton an. Gleichwohl gelten sie wegen ihren Rassen-

merkmalen und ihrer Musik für andere Bevölkerungsgruppen als halbe Europäer.

Bei *Hottingers* Buch über «Die Mauren» handelt es sich also nicht um das Geschichtswerk eines Schöngeltes, sondern auch um eine Studie, die zum Verständnis aktueller Konflikte dienlich sein kann. Was wir hier vor uns haben, ist sowohl Geistesgeschichte als auch Kunstgeschichte, Literaturgeschichte, Religionsgeschichte und Sozialgeschichte, und dies alles sehr fundiert. So kommt fast jeder Leser auf seine Rechnung, und in jedem Falle ist die Lektüre ein Hochgenuss. ♦

KOMMUNITARISTISCHER IRRTUM

Gilles Kepels «Allah im Westen»

Zahlreiche Akademiker und Intellektuelle der islamischen Welt haben sich in den Westen abgesetzt, um hier frei atmen zu können, fern allen islamistischen Terrors. Nun aber holt «das Gespenst» sie ein, und für manch' einen ergibt sich daraus eine direkte Bedrohung, gleich ob in Frankreich oder in den USA.

Auf den ersten Blick gewinnt man bei Gilles Kepels Buch «Allah im Westen – Die Demokratie und die islamische Herausforderung» den Eindruck, es handele sich um eine umfassende Darstellung des relativ neuen Phänomens grösserer muslimischer Minderheiten in Westeuropa und Nordamerika. Das ist jedoch nicht der Fall, oder doch nur sehr bedingt. Dem Autor geht es um die Frage, weshalb sich Menschen in den freiheitlichen Gesellschaften der westlichen Welt für den Islam entscheiden. Warum Islam und nicht irgendeine andere Religion, Weltanschauung oder kulturelle Identifikation?

Dies ist in der Tat eine Schlüsselfrage. Sie beschäftigt nicht nur Religionswissenschaftler, Kulturhistoriker, Soziologen, Politiker und Sicherheitsbeamte des Westens, sondern auch viele Muslime. Gerade in der muslimischen Diaspora im Westen wird diese Frage viel diskutiert. Gilles Ke-

pel hat dazu ein ungemein lesbares Buch geschrieben, das ausserdem auch noch vorzüglich übersetzt worden ist. Der französische Islamwissenschaftler machte sich bereits vor einem Jahrzehnt einen Namen, als er mit einer Studie über «Pharao und den Propheten» die Lage im Ägypten *Sadats* analysierte. Ein darauf folgendes Buch über den Islam in Frankreich verhalf ihm dann zu weiterer Anerkennung als einem der führenden Islamspezialisten der Gegenwart.

Kepel hat den Mut zum Partiellen, das heisst er scheut sich nicht, Einzelaspekte eines Themas zu behandeln, ohne sich in all den akademischen Absicherungen zu ergehen, denen sich seine Fachkollegen generell unterziehen und an seinen Büchern wegen ihres journalistischen Stils Anstoss nehmen. *Kepel* pflegt eine elegante Ausdrucksweise; seine Folgerungen basieren zum Teil auf Interviews mit Schlüsselfiguren.

Gilles Kepel, *Allah im Westen – Die Demokratie und die islamische Herausforderung*. Piper Verlag München, 1996.

Die vielen Gesichter des Islams

Soll man *Kepel* vorhalten, dass er keine eindeutige Antwort bietet auf die Frage «Warum ausgerechnet Islam?» In den Einzelheiten sind seine Versuche einer Beantwortung durchaus einleuchtend, etwa bei den Schwarzamerikanern, obwohl sich da manches noch deutlicher darstellen liesse. So ist z. B. die «Dreifaltigkeit» des Sektengründers *Elijah Muhammad* nicht klar herausgearbeitet, der 1930 in Detroit die «Nation des Islam» ins Leben rief. *Kepel* betont die Unbedarftheit des arbeitslosen *Elijah Muhammad*, der nur eine geringe Schulbildung hatte und mit abstrusen Theorien aufwartete. Tatsächlich verfolgte der «Prophet» des schwarzamerikanischen Islam jedoch ein recht logisches Konzept. Zwecks Schaffung eines «neue Schwarzen» betonte er (a) Bindung (Familie), (b) Bildung, (c) Business. Hätte er sein Werk 1990 begonnen statt 1930, dann hätte er sich vielleicht dem Buddhismus oder Hinduismus verschrieben; haben sich doch Koreaner und Inder in den USA als die leuchtendsten Vorbilder erwiesen. Wie *Kepel* sehr richtig feststellt, geht es letztlich nicht um einen Theologenstreit, sondern um die soziale Mobilisierung in Hinblick auf die Verwirklichung des «amerikanischen Traums».

Kepel ist ein unangefochtener Experte was den Islam in Frankreich angeht, der seinen Ursprung in Nordafrika, im Maghreb, hat. Sein Exkurs über nach England ist ein gewagtes Unternehmen. Dort ist eine andere Welt des Islam vorherrschend, nämlich die indo-pakistanische, mit einer anderen kulturellen Tradition und anderen Sprachen (Bengali, Urdu).

Geradezu abenteuerlich sind *Kepels* Ausführungen über Amerika. Vieles was er über die Konvertitenbewegung der Schwarzamerikaner aussagt ist meisterhaft, doch ist dieses Kapitel noch bruchstückhafter als der Rest des Buches, und zwar nicht nur, weil die Neubekehrten ja nur rund ein Drittel der Muslims in den USA ausmachen, sondern auch weil die Radikalen unter *Farrakhan* wiederum nur höchstens ein Drittel der schwarzamerikanischen Muslime ausmachen. *Kepel* beschränkt seine Darstellung auf jene Untergruppe, ohne Hinweis darauf, dass die Mehrheit der Konvertiten längst einem ganz anderen Kurs folgt.

.....

Re-Islamierung
bedeutet
primär eine
Rückbesinnung
auf das
Kulturerbe, die
Suche nach
Rückhalt im
Eigenen.

.....

Der Autor sagt zwar in seiner Einleitung klipp und klar, ihm ginge es primär um die Erhellung des Kommunitarismus als Merkmal der postindustriellen Gesellschaften nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums. Dieser liesse sich jedoch ebenso gut am Beispiel anderer muslimischer Gruppen in den USA darstellen, beispielsweise anhand der Hauptbewegung der schwarzamerikanischen Konvertiten unter deren Führer *Imam W. Deen Mohammed*. Merkwürdigerweise bleibt dieser unerwähnt. Man möchte meinen, *Kepel* hätte sich deshalb nicht für den Hauptzweig des schwarzamerikanischen Islams interessiert, weil sich dieser vom «schwarzen Separatismus» eindeutig distanziert und die Re-Integration in die amerikanische Gesellschaft angestrebt hat, wogegen bei *Farrakhan* noch immer vom Separatismus die Rede ist. Hier wäre es nützlich gewesen zu untersuchen, wie ernst es *Farrakhan* mit seinem Separatismus wirklich meint, und wie es mit der Re-Integration unter *Imam W. Deen Mohammed* tatsächlich steht.

Re-Islamisierung und Islamismus

Noch wesentlicher dürfte die Frage nach der Relevanz des von *Kepel* gebrauchten Ansatzes sein. «Warum ausgerechnet der Islam?» ist zweifellos eine wichtige und interessante Frage. Noch dringlicher erscheint allerdings inzwischen die Frage «was wird aus dem Islam?», speziell aus dem Islam im Westen. Hier kann man *Kepel* den Vorwurf nicht ersparen, dass er keine klare Unterscheidung zwischen Re-Islamisierung und Islamismus trifft. Islamistische Bewegungen (genauer gesagt Parteien) werden von ihm noch immer zu sehr als religiöses und soziales Phänomen eingeschätzt, obwohl das Politische überwiegt. Nicht umsonst nennen jene Extremisten ihre Weltanschauung nicht Islam, sondern Islamismus. Damit wollen sie zum Ausdruck bringen, dass es ihnen nicht um die herkömmliche Religion geht, sondern um eine politische Ideologie – als Rivalen für Kapitalismus und Kommunismus, Liberalismus und Nationalismus, Säkularismus und Sozialismus usw. Re-Islamisierung bedeutet primär eine Rückbesinnung auf das Kulturerbe, die Suche nach Rückhalt im Eigenen. Eine Identitätswahrung also und bei vielen über-

haupt erst einmal eine Identitätsfindung. Zwischen Re-Islamisierung und Islamismus gibt es nicht nur Konflikte, sondern Krieg, denn Rückbesinnung auf das Kulturerbe führt meist zur Identifizierung mit Formen des Islam, die in völligem Gegensatz zum Totalitarismus der Islamisten stehen.

Von *Kepel* dürfte man erwarten, dass er diese Problematik vollumfänglich erfasst. Die Tatsache, dass sich das in seinem Werk nicht reflektiert, dürfte im wesentlichen daran liegen, dass er sein Steckenpferd reitet, wie so viele seiner Kollegen. Das ist ja auch völlig berechtigt, nur erweckt der Titel seines Buches doch andere Erwartungen. Zumindest hätte ein anderer Untertitel gewählt werden sollen, statt «Die Demokratie und die islamische Herausforderung». Die Herausforderung für die Demokratie liegt nämlich im Ansturm der Islamisten, die im Westen allmählich stärker werden als daheim. Sie sind stolz darauf, sich in der Höhle des Löwen gemütlich eingerichtet zu haben. Im Sudan mag das islamistische Regime morgen kippen, in den USA dagegen sind hunderttausend eingeschleuste Kaderleute unantastbar.

Von diesen dramatischen Entwicklungen erfährt man bei *Kepel* wenig. Ihn fasziniert der Protest gegen die «britischen Verse» des *Salman Rushdie* als Ausdruck

.....
 Zwischen
 Re-Islamisierung
 und Islamismus
 gibt es nicht
 nur Konflikte,
 sondern Krieg.

des Kommunitarismus. Worum es dem *Khomeini*-Regime dabei geht, scheint ihn wenig zu interessieren. Wie so manch einer seiner westlichen Fachkollegen zeigt er wenig Sinn für die globalen Umtriebe der Islamisten mit ihrem hochorganisierten Netzwerk, ihrer systematischen Infiltration von Gemeinden und Institutionen, und den Milliarden, die nach kommunistischem Vorbild für Propaganda und Desinformation ausgegeben werden. Darauf einzugehen, gilt vielerorts als *politically incorrect*. Man möchte schliesslich nicht als «kalter Krieger» erscheinen oder gar der pro-israelischen Lobby zugerechnet werden, die lautstark vor dem Islam als Nachfolger der sowjetischen Gefahr warnt. Als angesehener Universitätsprofessor darf man nicht in den Ruf geraten, Verschwörungstheorien anzuhängen. Als Folge dieser von *Kepel* recht deutlich zugegebenen Bedenken haben wir ein Buch vorliegen, das zwar in mancher Hinsicht brillant ist, letztlich aber doch zu vieles unbeantwortet lässt.

Das soll nicht heissen, «Allah im Westen» sei kein empfehlenswertes Buch. Im Gegenteil, es ist äusserst informativ und leicht verständlich, ein gutes Buch eines klugen Autors. Der von *Kepel* behandelte Teilaspekt ist bedeutsam genug, sich damit gründlich auseinanderzusetzen. ♦

Meine Begegnungen mit Büchern schätze ich ebenso hoch ein wie meine Begegnungen mit anderen Phänomenen des Lebens oder Denkens. Alle Begegnungen sind Knotenpunkte vieler Fäden und stehen nicht vereinzelt da. Insofern, und nur in diesem Sinne, gehören Bücher ebenso eng zum Leben wie Bäume, Sterne, Kot. Ich verehere sie nicht an sich. Ich zähle Autoren auch nicht zu einer besonderen, bevorrechteten Klasse. Sie sind wie andere Menschen, nicht besser, nicht schlechter. Ebenso wie jedes andere menschliche Wesen nutzen sie die Kräfte, die ihnen gegeben sind. Wenn ich hin und wieder für sie – als Stand – eintrete, so nur, weil ich glaube, dass sie in unserer Gesellschaft zumindest niemals die Stellung und das Ansehen haben, die ihnen gebühren ...

aus: Henry Miller, *Die Kunst des Lesens*, aus dem Amerikanischen übers., Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Reinbek bei Hamburg 1963, S. 10.

ANTHONY DE JASAYS PLÄDOYER GEGEN DIE POLITIK

Andreas K. Winterberger

war bis Oktober 1997 während mehrerer Jahre als Bonner Korrespondent für Schweizer Zeitungen tätig und beschäftigt sich seit seiner Rückkehr in der Schweiz als Publizist vornehmlich mit Fragen des ideellen Liberalismus und Libertarismus.

Anthony de Jasay will mit seinem Buch eher einen logisch als empirisch hergeleiteten Beweis gegen die Politik liefern. Auf der theoretischen Ebene ist ihm dies mit Bravour gelungen: Seine Kritiker dürften grösste Schwierigkeiten haben, ihn mit vergleichbarer logischer Stringenz zu widerlegen.

«Against Politics. On Government, Anarchy and Order»¹ ist eine Sammlung politisch-philosophischer Essays aus den Jahren 1986 bis 1996, die im Zeichen einer klaren Hinwendung *Anthony de Jasays*, des wohl bedeutendsten lebenden libertären Denkers, zur «geordneten Anarchie» steht. Der aus Ungarn stammende, in Frankreich lebende und auf Englisch publizierende Verfasser stellt dies bereits in der Einleitung unmissverständlich klar: Er bezieht sich auf das von ihm gewählte Motto des Buchs, das vom jungen, damals radikalliberal denkenden *Edmund Burke* stammt: «*In vain you tell me that Artificial Government is good, but that I fall out only with the Abuse. The Thing, the Thing itself is the Abuse!*»² Da «die Sache (Politik) selbst der Missbrauch» ist, beschäftigt sich *de Jasay* mit Politik als «Missbrauch per se».

Im Essay «Is limited government possible?»³ begründet er, warum es illusorisch ist zu glauben, dass es Entscheidungsregeln geben könne, die unparteiisch und zugleich unvollständig seien: Eine vollständige Regel müsse so beschaffen sein, dass eine kollektive Entscheidung zwischen zwei beliebigen, realisierbaren, alternativen Situationen, von denen eine die bestehende sei, getroffen werden könne. Mindestens einige dieser alternativen Situationen müssten zu Änderungen in der Verteilung der Vorteile (Wohlstand usw.) führen. «Sogar eine Regel, unter der die Gesellschaft immer jede geplante Änderung ablehnt – vielleicht weil eine Klausel in der Verfassung jede Massnahme, die sich gegen die Eigentumsverhältnisse oder Privilegien richten würde, verbietet – könnte im technischen Sinne eine vollständige Regel sein, da angesichts zweier beliebiger Verteilungsalternativen immer eine gewählt werden könnte, nämlich die bestehende.» Anzunehmen sei, dass sie dennoch von den meisten Menschen kaum als unparteiische Regel

angesehen würde, da sie konservativ geprägt sei. Tendenziell würde sie bestimmte kollektive Nutzen (Eigentumsschutz, Durchsetzung von Verträgen usw.) auslösen, «vor allem zugunsten derjenigen, die Eigentum besitzen, auch wenn man beweisen könnte, dass dies letztlich zum Vorteil aller gereichen würde, einschliesslich jener, die kein Eigentum haben».

Als unparteiisch könne zwar eine Regel betrachtet werden, die nur Entscheidungen ohne Umverteilungskonsequenzen zuliesse, doch wäre sie unvollständig, da die Gesellschaft ohne einen vereinbarten Modus bliebe, der eine Regelung schwelender oder offen ausgebrochener Interessenkonflikte ermöglichen würde. Als Beispiel erwähnt er die Erhebung von Steuern zur Produktion öffentlicher Güter: Kein System von Eigentumsrechten schreibe eine ganz bestimmte Verteilung der Steuerlast vor. Eine Regel, die nicht festlegen würde, wie über die Besteuerung zu entscheiden sei, «wäre unvollständig, täte sie es aber, wäre sie parteiisch». Die gleichen Probleme stellen sich, wenn man wie *Hayek* zwischen *Nomos* (Recht) und *Thesis* (Gesetzgebung), zwischen Regeln des gerechten Verhaltens und Einzelbefehlen unterscheidet: Jede vollständige Entscheidungsregel hat – so *de Jasay* – eine Ausrichtung, die bis zu einem gewissen Grad vorhersagbar ist. Verändert man eine Regel, hat dies auch systematische Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit des Entscheidungstypus, der unter Einhaltung der geänderten Regel herbeigeführt wird. Die einfache Mehrheitsregel begünstigt Veränderungen, während qualifizierte Mehrheitsregeln und Vetorecht den Status quo erhalten. Folglich sei die Wahl einer gegebenen Entscheidungsregel logisch äquivalent mit der Wahl einer Wahrscheinlichkeitsverteilung von Alternativen, die unter dieser Regel ausgewählt werden dürften. Die Mehrebenen-Entscheidungstheorie (*split-level de-*

1 *Anthony de Jasay, Against Politics. On Government, Anarchy and Order*, Routledge, London 1997.

2 *Edmund Burke, A Vindication of Natural Society, Or, A View of the Miseries and Evils arising to Mankind from every Species of Artificial Society*, LibertyClassics, Indianapolis 1982 (1757, 2nd revised edition), S. 67.

3 *Anthony de Jasay, Is limited Government possible?* erschien in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Zur Möglichkeit begrenzter Staatsgewalt* in Gerard Radnitzky/Hardy Bouillon: *Ordnungstheorie und Ordnungspolitik*, Springer-Verlag, Berlin 1991.

cision theory), wonach Entscheidungen auf der oberen Ebene unstrittig und einstimmig abgesegnet würden, scheine diese logische Äquivalenz zu leugnen.

Da Kollektiventscheidungen inhärent konfliktgeladen seien und eine Regel über Kollektiventscheidungen vermutlich die kollektiven Entscheidungen bestimme, die durch Beachtung dieser Regel entstünden, sei diese Regel ebenfalls konfliktgeladen. Daraus folgert er, eine auf Konsens gründende Verfassung müsse, um auf Dauer die Gezeiten der Interessengruppen und deren Ideologien zu überleben, für ihre eigene Veränderung Vorsorge treffen, und erinnert an das Beispiel der amerikanischen Verfassungsentwicklung im 20. Jahrhundert, wo mit Hilfe des Obersten Gerichtshofs (Ära von Präsident *Franklin D. Roosevelt*) die Verfassungsinterpretation grundlegend geändert wurde (Relativierung der Unverletzbarkeit der Eigentumsrechte).

Entscheidende Bedeutung kommt daher der Begrenzung der Domäne des kollektiven Handelns zu: *«Je kleiner die Domäne, in der Entscheidungen zwischen Alternativen kollektiv getroffen werden, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, die Präferenzen eines beliebigen Individuums zu übergehen.»* Dadurch wird aber, wie das Beispiel zeigt, nicht das Problem gelöst: Verfassungsregel A, welche die Staatsbereiche stark begrenzt, ist von der Gesellschaft aus einer Zeit geerbt worden, in der die Ansichten, Wünsche, Interessen und Präferenzen gegenüber dem Jetzt-Zustand verschieden waren. Was soll die jetzige Gesellschaft davon abhalten, diese Verfassungsregel A zu ignorieren und zu Kollektiventscheidungen unter einer weniger restriktiven Verfassung zu schreiten, die er Verfassungsregel B nennt? Seine Antwort ist einleuchtend und – wie die praktischen Erfahrungen in vielen Ländern zeigen – unwiderlegbar: Die politische Herrschaft sei ein Instrument, das von der Gesellschaft kontrolliert und geführt werde. Diese könne Regel A vor Verletzungen nicht schützen, wenn das Gleichgewicht der sozialen Kräfte zu ihrer Verletzung führt.

Drohende unbegrenzte öffentliche Souveränität

Unter Bezugnahme auf *Kenneth Arrows* soziale Entscheidungstheorie macht *de Jasay*

.....
 De Jasay
 begründet,
 warum die
 kollektive
 Entscheidung,
 auf der die
 Politik basiert,
 zu einer
 kontinuierlichen
 Ausdehnung
 der Staats-
 tätigkeit führt.

.....
 Für den Autor
 ist eine
 dauerhafte
 Begrenzung
 der Staatsgewalt
 nur in
 Verbindung mit
 dem blinden
 Vertrauen eines
 bedeutenden
 Teils der
 Gesellschaft
 in bestimmte
 metaphysische
 Grundannahmen
 möglich.

die *«unheilverkündende Voraussage»*, dass, sollte die *«Meinung»* von Präferenzen und Interessen abhängig sein, die konstitutionelle Entwicklung in der unbegrenzten öffentlichen Souveränität ende, der blossen Mehrheitsregel und der Erosion jener Hindernisse, welche die Kollektiventscheidungen davon abhalten könnten, sich über Privatentscheidungen hinwegzusetzen. Noch einmal begründet er, warum die kollektive Entscheidung, auf der die Politik basiert, zu einer kontinuierlichen Ausdehnung der Staatstätigkeit führt: Den Hauptgrund sieht er im Umstand, dass die Grenzkosten der öffentlich bereitgestellten Güter und Leistungen, deren Gesamtkosten von der allgemeinen Steuer oder von öffentlichen Anleihen aufgefangen würden, für jeden individuellen Konsumenten gleich null seien oder subjektiv als null empfunden würden. Folglich stehe für diesen der Nettotonnen, den er durch die zunehmende öffentliche Bereitstellung der von ihm gewünschten Güter erwarte, subjektiv und *ex ante* immer in einem positiven Licht. Diese individuelle positive Einschätzung des Wertes einer zunehmenden Bereitstellung einiger der zahllosen Güter und Leistungen, welche die Regierung herstellen könne, addiere sich dann zur kollektiven Präferenz für ein Mehr von diesem oder jenem, ohne dass die dazu symmetrisch gelagerte kollektive Präferenz für ein Weniger von einem anderen entsünde.

Was kann das vom Verfasser mit Hilfe der Logik hergeleitete *«Ende des Versuchs, den die konstitutionelle Strasse nimmt: die praktische Allmacht der kollektiven Entscheidung, welche über ihre eigenen Regeln entscheidet»*, verhindern? *«Was immer diese dominierende Determinante sein mag, sie muss fähig sein, nutzenmaximierendes Verhalten zu zügeln. Sie muss also die Bandbreite des auf die Folgen bedachten Kalküls, welches die Menschen durchzuführen wünschen, auf eine Art einengen, welche eine begrenzte Domäne der Kollektiventscheidungen herstellen wird»*, antwortet er und drückt die Überzeugung aus, dass eine dauerhafte Begrenzung der Staatsgewalt nur in Verbindung mit dem blinden Vertrauen eines bedeutenden Teils der Gesellschaft in bestimmte metaphysische Grundannahmen möglich sei. Religion, Tabu und Aberglauben hätten unverzichtbare

Rollen zu spielen bei der Zügelung der Vernunftkalküle und im Widerstand gegen das von individuellen Interessen angetriebene, unaufhaltsame Voranschreiten der Kollektiventscheidungen.

Im Essay «Self-contradictory contractarianism» legt *Anthony de Jasay* scharfsinnig die Schwachstellen der Idee des Gesellschaftsvertrags bloss, was eine kritische Auseinandersetzung mit einem Klassiker par excellence, mit *Thomas Hobbes* «Leviathan», aber auch mit neueren Werken von *contractarians* wie *David Gauthier* einschliesst. Von den verschiedenen Begründungen, die die Erfordernis des Staats theoretisch zu rechtfertigen versuchen, hält *de Jasay* lediglich das Problem der Einhaltung von Versprechungen bzw. Vereinbarungen für «entscheidend und unerlässlich». Mit *David Hume* ist er sich einig, dass die Möglichkeit bindender Übereinkünfte dem Staat als deren Erzwinger vorgeht.

Von entscheidendem Gewicht ist die Feststellung des Autors, nichts beweise die Möglichkeit eines bindenden Vertrags zwischen den Vertragsparteien und dem Agenten, der den Vertrag erzwingen solle, zumal es keinen Meta-Agenten, d. h. eine übergeordnete Instanz gebe, welche die Vertragserzwingung gewährleiste. Wäre dies der Fall, müssten die Vertragsparteien einen bindenden Metavertrag mit diesem Meta-Agenten eingehen, der durch einen Super-Meta-Agenten erzwungen würde usw. *De Jasay* nennt diesen Vorgang das *principal-agent*-Problem, das bei allen sozialen Dilemmas wie unerlaubten Handlungen (zivilrechtlichen Delikten), öffentlichen Gütern, Teamarbeit und Verteidigung vorkomme.

Zum Vertragsdilemma schreibt er ferner, die konventionelle Vorstellung, dass es dem Vertragserzwinger möglich sei, unparteiisch und uninteressiert zu entscheiden, sei ungerechtfertigt, da angenommen

.....
 «Staaten sind
 eine Bürde,
 manchmal
 nützlich,
 manchmal
 ein Mühlstein,
 stets teuer,
 nie legitim
 und nie eine
 Notwendigkeit
 für bindende
 Übereinkünfte.»

werde, dass dies eine Art notwendiger Voraussetzung hierfür sei, dass Verträge erzwingbar seien. Bereits *Hobbes* habe festgestellt, dass der Souverän, d. h. der Vertragserzwinger, gegenüber den Vertragspartnern durch keinen Vertrag gebunden sei.

Die Möglichkeit der «geordneten Anarchie»

Die entscheidende Frage, ob «geordnete Anarchie» denkbar sei, verkürzt sich für *Jasay* auf die Frage, ob die Erzwingung gegenseitiger Versprechen ohne einen «finalen spezialisierten Erzwinger» möglich sei. So denkt er etwa an die Möglichkeit, dass als spontane Alternativen zum Staat Konventionen denkbar wären, die von den Mitgliedern der Gesellschaft respektiert und die Vertragseinhaltung gewährleisten würden. Zudem handle es sich bei sozialen Interaktionen um essentiell ständige, d. h. kontinuierliche Beziehungen; das der sozialen Entscheidungstheorie sowie der Spieltheorie oft zugrunde liegende Modell des Einzelvertrags bzw. des Modells des abstrakten letzten Vertrags sowie dessen Anreizstruktur (das sogenannte Gefangenendilemma) hätten in der wirklichen Welt wenig Realitätssinn.

Allerdings räumt er ein, dass keine Garantie bestehe, dass die theoretische Konstruktion von Konventionen und deren Durchsetzung ohne staatliche Institutionen den Test in der Wirklichkeit standhalten würde, falls je Gelegenheit hierfür erwachsen würde. Dennoch folgert er: «Staaten sind eine Bürde, manchmal nützlich, manchmal ein Mühlstein, stets teuer, nie legitim und nie eine Notwendigkeit für bindende Übereinkünfte. Wenn sie dies wären, ist es schwer zu verstehen, wie ein Staat je geschaffen werden konnte, etwa durch eine Übereinkunft, bevor er existierte.» ♦

Einer Lektüre, die den Leser schlank hält, weil sie ihm Eigenaktivität und Deutungsarbeit abfordert, steht die anspruchslose gegenüber, die ihm jene abnimmt, ihn auch in grossen Mengen nur abfüttert, ohne zu sättigen.

aus: CHRISTIAAN L. HART NIBBRIG «Warum lesen?», suhrkamp taschenbuch Frankfurt/Main 1983.